

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Haushaltsausschuss
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haiti entschulden und langfristig beim Wiederaufbau unterstützen

– Drucksache 17/791 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Haushaltsausschuss

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Cornelia Behm, Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Europäische Tierversuchsrichtlinie muss ethischem Tierschutz Rechnung tragen – Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 Absatz 3 Grundgesetz

– Drucksache 17/792 –

- (B) Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verfahren zur Auswahl von Bundesbankvorständen reformieren

– Drucksache 17/798 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Rechtsausschuss

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Der Tagesordnungspunkt 10 c soll abgesetzt werden.

Außerdem mache ich auf eine nachträgliche Ausschussüberweisung im Anhang zur Zusatzpunktliste aufmerksam:

Der in der 19. Sitzung des Deutschen Bundestages überwiesene nachfolgende Gesetzentwurf soll **zusätzlich** dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zur **Mitberatung** überwiesen werden.

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften** (C)

– Drucksache 17/506 –

überwiesen:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Darf ich dafür jeweils Ihr Einvernehmen feststellen? – Das ist offenkundig der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland

– Drucksache 16/13325 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für diese Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Bundesminister Dr. Peter Ramsauer. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Parlament ausgesprochen dankbar dafür, dass dieser Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland an so prominenter Stelle auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, nämlich zu Beginn der Kernzeit unserer parlamentarischen Beratungen. Das ist sozusagen beste Sendezeit des Parlaments.

Ich betone dies vor allen Dingen aus einem Grunde.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Damit es im Fernsehen kommt!)

– Das vielleicht auch. Endlich einmal ein vernünftiger Zuruf von den Linken; auch das kommt einmal vor!

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Nein, ich betone dies aus folgendem Grunde: Bei der öffentlichen Darstellung durch die Medien werden die Inhalte meines Ministeriums in der Regel, aus welchen Gründen auch immer, auf das Thema Verkehr verkürzt, was bisweilen dazu geführt hat, dass in Kommentierungen der Medien ein- oder zweimal geschrieben worden ist, bei Ramsauer komme der Bau unter die Räder.

(Sören Bartol [SPD]: So ist es!)

Bundesminister Dr. Peter Ramsauer

- (A) Erst wird also nur über das Thema Verkehr geschrieben, und dann wird von denselben Leuten beklagt, dass der Bau unter die Räder komme.

Heute setzen wir ein Zeichen dafür, dass dies nicht der Fall ist, dass vielmehr die Bau- und Immobilienwirtschaft eine ganz herausragende, bedeutende Rolle in unserer Volkswirtschaft spielt, und zwar etwa in der Größenordnung des gesamten Gesundheitswesens. Mit einer Bruttowertschöpfung von 250 Milliarden Euro und rund 3,8 Millionen Beschäftigten ist sie eine der tragenden Säulen unserer Volkswirtschaft.

Etwas Besonderes wohnt dieser Immobilien- und Bauwirtschaft inne: Sie ist, wie wenige andere Wirtschaftszweige, ausgesprochen mittelständisch geprägt und erweist sich in ihrem moderaten und stetigen Wachstum gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise als sehr stabilisierendes Element. In Deutschland gibt es keine spekulationsgetriebene Immobilienblase, wie sie anderswo ganze Volkswirtschaften ins Wanken bringt. Darauf sollten wir stolz sein. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis unserer **Stabilitätskultur** in Deutschland, die es auch künftig gegen vielfältige Vorstöße und Anfeindungen zu sichern gilt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Wohneigentum wurde gerade in den letzten fünf, zehn Jahren von vermeintlich cleveren Finanzjongleuren über viele Jahre hinweg als renditeschwach und konservativ belächelt. Ich bin froh, nunmehr feststellen zu können, dass sich gerade die Wohnimmobilie heute zu Recht als Gewinner der Finanzkrise bezeichnen kann. Dafür gibt es Gründe. Einer der Gründe ist der stabile Rechtsrahmen, den wir mit den risikoarmen Festzinshypotheken sowie den bewährten Bausparverträgen haben. Das setzt auf Solidität anstatt auf Spekulation. Die Immobilie mit ihrer nachhaltigen Wertbeständigkeit gilt mit Fug und Recht als Inbegriff konservativen Wirtschaftens. Das hat sich bewährt. Das können wir auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise in aller Deutlichkeit und mit Stolz feststellen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Thema Wohnen geht es jedoch um sehr viel mehr als um Wirtschaftskraft und Anlagevermögen. Wohnen ist ein individuelles und soziales **Grundbedürfnis** aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Schließlich ist Wohnen auch ein wichtiger Teil dessen, was wir alle als Heimat empfinden und als solche bezeichnen. Die viel zitierten eigenen vier Wände sind sozusagen der privateste Raum jedes Bürgers und jeder Bürgerin. Das eigene, vertraute Umfeld gerade auch im hohen Alter gilt es unbedingt zu erhalten. Wir sollten daher vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unser Bestmögliches tun, durch altersgerechtes Bauen und Förderung des altersgerechten Umbaus den älteren Menschen den Verbleib in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen, solange dies irgend möglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wohneigentum bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur einfach Besitz; Eigentum hat vielmehr auch eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Ich habe hier an dieser Stelle oft schon darüber gesprochen: Wohneigentum gibt ein Stück individuelle Freiheit und erfordert natürlich ebenso Eigenverantwortung. In diesem Zusammenhang von Eigentum, Freiheit und Eigenverantwortung ist der Staat nicht gefragt. Dies gibt ein Stück Freiheit vom Staat und ist gelebte freiheitliche Gesellschaft und freiheitliche Bürgerkultur.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sollten deshalb alles daran setzen, dass wir die Wohneigentumsquote, die derzeit bei etwa 43 Prozent liegt, weiter erhöhen. Deshalb war es auch ein wichtiger Schritt, dass noch in der letzten Legislaturperiode das selbstgenutzte Wohneigentum besser in die **private Altersvorsorge** einbezogen worden ist. Bis Ende letzten Jahres sind etwa 200 000 Verträge nach dem Eigenheimrentengesetz abgeschlossen worden. Ich meine, das ist eine gute Zahl, aber wir sollten alles daran setzen, dass sich dies noch weiter verbessert. In den Beratungen, in die der Bericht jetzt geht, sollte im Hinblick darauf Kreativität entwickelt werden.

Meine Damen und Herren, zum Thema Wohnen und Bauen gehört untrennbar das Stichwort Klimaschutz und Energieeinsparung. Wir wissen, dass etwa 40 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfs in Deutschland im Bereich der Gebäude zum Heizen von Luft und Wasser verbraucht wird. Dementsprechend haben wir hier ein hohes Einsparpotenzial. Mit dem **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** haben wir einen wirklich großartigen Renner in unserem Land, und wir beraten derzeit – so gestern wieder im Verkehrs- und Bauausschuss und am Nachmittag zum gleichen Thema im Haushaltsausschuss –, wie wir dieses CO₂-Gebäudesanierungsprogramm verlängern und verstetigen können.

Bisher sind insgesamt 1,5 Millionen Wohnungen gefördert worden. Das entspricht einem Einsparvolumen von etwa 4 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß. Nun kann man sagen, dass das in Anbetracht der Dimensionen etwas wenig ist. Ich will Ihnen eine andere Zahl nennen: Bei der Verteilung der CO₂-Emissionszertifikate gingen wir von einem Volumen von etwa 500 Millionen Tonnen CO₂ aus. Im Vergleich dazu scheinen 4 Millionen Tonnen CO₂ nicht viel zu sein. Aber wir müssen an allen Ecken und Enden, wo es uns möglich ist, sinnvoll ansetzen, gerade auch im Baubereich, um CO₂-Einsparungen zu erzielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen wissen wir alle aus den vielen Zuschriften zur Verstetigung dieses Programms, die wir gerade in diesen Tagen bekommen, in welcher Größenordnung wir im Bereich der Bauwirtschaft und des Handwerks Arbeitsplätze sichern. Die Rede ist von bis zu 300 000 Arbeitsplätzen.

Wir wollen hier nicht nur weitermachen, sondern wir wollen die Effizienz dieses Programms weiter verbessern. Wir müssen uns vor allen Dingen um den Wohnungs- und Gebäudebestand kümmern. Natürlich bietet

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Peter Ramsauer

- (A) der Neubau tolle Perspektiven. Was sich im Bereich des **Energie-Plus-Hauses** an Möglichkeiten abzeichnet, ist sensationell. Es ist nicht nur ein Haus, das unter dem Strich keine Energie verbraucht, sondern auch ein Haus, das sein eigenes Kraftwerk ist. Vor zwei Tagen habe ich mir Konzepte vorlegen lassen.

(Iris Gleicke [SPD]: Schon vor zwei Tagen?
Meine Güte!)

Das hätte man sich vor zehn Jahren nicht träumen lassen: Ein Wohnhaus, das Energie produziert und damit seinen gesamten Energiebedarf für Heizung und heißes Wasser abdeckt. Darüber hinaus erzeugt es einen Überschuss, mit dem man beispielsweise das eigene Elektroauto beladen kann. Insgesamt kann ein Haushalt, was seine Grundbedürfnisse inklusive Mobilität angeht, seinen gesamten Energiebedarf decken. Das sind großartige Visionen. Von denen müssen wir uns leiten lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu diesem Bericht gehört auch das Thema **Mietrecht**. Auch das steht auf der Tagesordnung. Wir werden – das steht im Koalitionsvertrag – das Mietrecht überprüfen. Die Federführung liegt beim Justizressort. Von mir als Wohnungsbauminister wird aber zu Recht ein klares Wort erwartet. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass das Mietrecht für uns eine enorme soziale Bedeutung hat. Wir werden aus tiefem Verantwortungsbewusstsein heraus die soziale Balance nicht aus den Augen verlieren.

- (B) Ich möchte aber ein aktuelles Problem benennen – wie wir es lösen werden, wird zu beraten sein –: Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn Mieter den Vermieter vorsätzlich und bewusst schädigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gerade wenn es um die sogenannten Mietnomaden geht – ein Phänomen, das ich mir in diesem Ausmaß noch vor wenigen Jahren nicht hätte vorstellen können –, dürfen rechtstreue Kleinvermieter und die Immobilienwirtschaft nicht alleingelassen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf des Abg. Sören Bartol [SPD])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister.

Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Ich höre aus den Reihen der Sozialdemokraten einen tiefen Seufzer. Diesen Seufzer möchte ich nicht unkommentiert lassen. Es kann nicht sein, dass Mietnomaden Wohnungen verwüsten und unvermietbar hinterlassen und der Vermieter auch noch monatelang auf Mietausfällen sitzen bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Das will ja auch keiner!)

Ich wünsche den beteiligten Ausschüssen gute Beratungen. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uwe Beckmeyer [SPD]: Das war der Kern Ihrer Kernzeitrede, was?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Den von der CDU/CSU-Fraktion benannten Rednern will ich die fröhliche Zwischenbotschaft übermitteln, dass Redezeit übrig geblieben ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Nun erteile ich das Wort dem Kollegen Sören Bartol für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Sören Bartol (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland, den die letzte Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, spricht eine klare Sprache. Dank eines seit Jahrzehnten hohen Investitionsniveaus in den Bereichen Neubau und Bestand ist die Wohnungsversorgung in Deutschland insgesamt gut. Klimaschutz und demografischer Wandel heißen die zentralen Herausforderungen, denen sich Wohnungswirtschaft und Politik stellen müssen. Noch etwas betont der Bericht: Wohnen ist ein soziales Gut, Herr Minister. Die soziale Sicherung des Wohnens war, ist und muss auch in Zukunft ein zentrales Anliegen der Politik sein. Einen wichtigen Schritt haben wir mit der von uns in der Großen Koalition durchgesetzten Wohngeldreform getan. (D)

(Beifall bei der SPD)

Zurück zum Anfang. Warum ist die Wohnungsversorgung gut? Auch das erwähnt der Bericht: Ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, gezielte förderpolitische Impulse und wirksame soziale Sicherungsinstrumente bilden die Grundlage. Nicht zu vergessen sind – auch das hebt der Bericht hervor – Miet- und Steuerrecht. Sie – ich zitiere – „gewährleisten gleichermaßen die Wirtschaftlichkeit der Wohnungsvermietung wie den Schutz der Mieterinnen und Mieter.“ Um die Spannung gleich vorwegzunehmen: Entweder hat Herr Ramsauer den Bericht nicht oder nur marginal gelesen, oder er beschloss, ihn einfach zu ignorieren; denn die neue Bundesregierung setzt vieles von dem, was der Bericht positiv festhält oder unmissverständlich empfiehlt, aufs Spiel.

Punkt eins ist das **Mietrecht**, eine der wesentlichen Bedingungen für einen funktionsfähigen Wohnungsmarkt. Hier hatte sich im Koalitionsvertrag bereits angedeutet – im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen –, wohin die Reise gehen soll. Mit der Forderung nach gleichen Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter droht Millionen Mieterinnen und Mietern eine Verschlechterung. Die Ausgewogenheit zwischen Mieter- und Vermieterinteressen wird aufgehoben. Die Mieter haben das

Sören Bartol

- (A) Nachsehen. Für die geplanten Änderungen gibt es überhaupt keinen Grund. Das Mietrecht hat sich bewährt.

(Jörg van Essen [FDP]: Gerade nicht! Mein Gott, wie kann man so blind sein?)

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Koalition hier agitiert, andere Bereiche mit dringendem Handlungsbedarf dagegen völlig außen vor lässt.

Stichwort Neubauaktivität: Hier ist, wie der Bericht vorsichtig formuliert, bundesweit die Untergrenze des Bedarfs erreicht. Zwar stagnieren die Einwohnerzahlen oder gehen insgesamt zurück, aber dennoch steigt die Zahl der Haushalte aufgrund der zunehmenden „Versingelung“ unserer Gesellschaft weiter an. Auf 400 000 Wohnungen wird der Bedarf beziffert. Gebaut wurden im letzten Jahr gerade einmal 175 000. Insbesondere in Ballungszentren ist der Bedarf groß. Darauf müssen wir eine sinnvolle Antwort finden.

Genauso ist es beim **sozialen Wohnungsbau**, der 2006 im Zuge der Föderalismusreform wegen der regionalen Differenzierung der Wohnungsmärkte den Ländern übertragen wurde. Zu konstatieren bleibt jedoch eine Leerstelle. Fakt ist, dass der soziale Wohnungsbau in einigen Ländern zum Erliegen gekommen ist. Hier muss man sich schon einmal die Frage stellen, was die Länder eigentlich mit unserem Geld machen. Es gibt viele Fragen.

Wir fordern von der Regierungskoalition, dass sie einer sozialen, ökologisch nachhaltigen und an demografischen Veränderungen orientierten Wohn-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik einen größeren Stellenwert einräumt. Die energetische Anpassung des Gebäudebestands und der altersgerechte Umbau von Wohnungen und Stadtquartieren verlangen weitere Maßnahmen. Sich auf dem Erreichten der Vorgängerregierungen auszurufen, reicht nicht, lieber Herr Minister.

(Beifall bei der SPD – Iris Gleicke [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Wir wollen eine Weiterentwicklung und Evaluierung des von dem sozialdemokratisch geführten Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entwickelten **CO₂-Gebäudesanierungsprogramms**. Schön ist immerhin, dass die Bundesregierung nun doch die Notwendigkeit der von uns geforderten Fortführung des Programms auf bisherigem Niveau erkannt hat. Die Erfolgsgeschichte des Programms muss weitergehen. Über 7 Millionen Tonnen CO₂ konnten seit seiner Einführung eingespart werden. Ich sage nur: lernendes Programm, lernende Regierung.

Inakzeptabel ist jedoch, dass die Bundesregierung dies durch die **verlängerten Laufzeiten** deutscher Kernkraftwerke finanzieren will. Unsere Meinung: Klimaschutz ja, Risiko Atomkraft nein. Deshalb lehnen wir den Finanzierungsvorschlag der Regierung ab. Wie es auch ohne gehen kann, zeigt unser Antrag: in eine nachhaltige Verkehrs-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik investieren und für die Zukunft Transparenz und Klarheit in der Finanzierung schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern außerdem Lösungsvorschläge zur Altschuldenproblematik ostdeutscher Wohnungsunternehmen, Überlegungen dazu, wie man den auf deutschen Wohnungsmärkten verstärkt agierenden internationalen Investoren begegnen kann, und die Fortentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Hier tappt man, was die Pläne der Bundesregierung angeht, nach wie vor im Dunkeln.

Nach dem Koalitionsvertrag ist vor dem Koalitionsvertrag. Das heißt nicht zuletzt, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Dort zu sparen, wo das Geld am nötigsten gebraucht wird, heißt es nun gerade nicht. Genau das aber tut die Bundesregierung, wenn sie die Mittel für ein bewährtes und von Sozialverbänden, Städteplanern und Wohnungswirtschaft gleichermaßen geschätztes Programm wie die „Soziale Stadt“ gegenüber ihrem eigenen Haushaltsentwurf noch einmal um 20 Millionen Euro kürzt.

Gerade die Menschen in Problemquartieren brauchen die Unterstützung, und zwar nicht nur bei baulichen Verbesserungen, sondern auch bei sozialen Projekten in Schulen, bei der Gesundheitsversorgung und bei der Integration von Zuwanderern. Seit über zehn Jahren leistet die „Soziale Stadt“ einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung sozialer Brennpunkte. Die Kürzungen der Mittel für das Programm konterkarieren die Ziele nationaler Stadtentwicklungspolitik, und sie zeigen die soziale Schieflage dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD)

Das sind schlechte Nachrichten für die durch die Steuergeschenke der Regierung an Hoteliers ohnehin gebeutelten Kommunen, für Quartiersmanager, die in 520 Quartieren in fast 330 Städten und Gemeinden das Programm umsetzen, und vor allem für die Menschen, die in sozialen Brennpunkten leben. Wohn-, Bau- und Stadtentwicklungspolitik ist ein weites Feld, das es zu bestellen gilt, in ländlichen – da haben Sie recht –, aber eben auch in städtischen Räumen. Es ist ein wichtiges Feld, das Herr Minister Ramsauer nicht wirklich bestellt.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Was denn?)

Es bleiben die sich so vordringlich stellenden Fragen hinsichtlich des Klimaschutzes im Gebäudebereich, der Städteplanung vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und auch hinsichtlich der gewiss nicht weniger werdenden sozialen Spannungen in unseren Städten. Es sind Fragen, die Antworten verlangen. Diese Antworten konnte jedenfalls ich in der Rede des Ministers wieder einmal nicht erkennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion erhält jetzt die Kollegin Petra Müller das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Petra Müller** (Aachen) (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 2009 wurde erstmals der Bericht zur Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vorgelegt. Dieser Bericht zeigt auf, wie wichtig die Herausforderungen sind, vor denen wir stehen. Schrumpfende Städte sind zu stabilisieren, Stadtzentren sind zu stärken, Wohnen und Arbeiten in der Stadt müssen attraktiver gemacht werden, um nur einige Punkte zu nennen.

Der Bericht macht aber auch deutlich, wie groß die Bedeutung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft für unsere Volkswirtschaft ist. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Florian Pronold [SPD]: Es ist Applaus in der Koalition wert, wenn sie einander recht geben!)

Mit rund einer halben Million Erwerbstätigen besitzt sie darüber hinaus eine enorme soziale Bedeutung. Deutschland ist ein Mieterland. Sechs von zehn Deutschen leben zur Miete. Eine so hohe Quote finden Sie in keinem anderen europäischen Land. Ziel muss es jedoch sein – das war immer unser Anliegen, das Anliegen der FDP –, die **Wohneigentumsquote** zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Der vorgelegte Bericht bestätigt, dass die Nachfrage nach Wohneigentum im Bestand stagniert. In den letzten 15 Jahren hat sich die Nachfragequote um nur 3 Prozent erhöht. Das ist ein Zustand, mit dem wir nicht zufrieden sein können und der den Handlungsbedarf klar aufzeigt. Wir Liberale wollen das ändern.

(Beifall bei der FDP)

Im Koalitionsvertrag haben wir die Bedeutung des Wohneigentums gemeinsam betont. Es stärkt die regionale Verbundenheit und ist Altersvorsorge zugleich. Dem Wegfall der Eigenheimzulage hat die FDP nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die Altersvorsorge eingebunden wird. Das Ergebnis ist das **Eigenheimrentengesetz**. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung; aber es ist viel zu bürokratisch, unflexibel und kompliziert. Deshalb werden wir es vereinfachen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bevölkerung räumt dem mietfreien Wohnen im Alter einen sehr hohen Stellenwert ein. 70 Prozent der Menschen unseres Landes streben nach Wohneigentum, können es sich aber nicht leisten, weil am Ende des Monats nicht genug Netto vom Brutto übrig bleibt. Die Steuerbelastung ist zu hoch. Wir Liberale stehen weiterhin zu unserem Versprechen, die Bürgerinnen und Bürger durch Steuerersenkungen zu entlasten und ihnen so mehr Freiheit zu geben, ihr Leben zu gestalten.

(Beifall bei der FDP – Sören Bartol [SPD]: Was ist mit denen, die keine Steuern zahlen, weil sie zu wenig verdienen?)

(C) Nur wenn wir die Steuern senken, schaffen wir finanziellen Spielraum und ermöglichen den Menschen, in ihr eigenes Heim und in ihre Altersvorsorge zu investieren. Unsere Politik wird damit den wirtschaftlichen und den sozialen Anforderungen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gerecht.

Die Bauwirtschaft ist eine Schlüsselbranche des Mittelstandes. Wie alle anderen Wirtschaftszweige leidet sie unter der aktuellen Krise. Das im Koalitionsvertrag niedergelegte Sofortprogramm setzt auf Wachstumsimpulse, um den Mittelstand zu entlasten. Auch im aktuellen Neun-Punkte-Programm des Bundeswirtschaftsministeriums stehen mittelständische Unternehmen im Zentrum liberaler Politik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie ich am Anfang bereits sagte, ist es unsere Herausforderung, die Städte und Gemeinden für die Zukunft fit zu machen. Es geht aber auch darum, die regionale und örtliche Wirtschaft mit unseren **Stadtentwicklungsprogrammen** zu fördern und zu stärken. Auf einige Programme möchte ich an dieser Stelle eingehen; der Minister hat es im Vorfeld schon getan.

(D) Wohnen im Alter ist eine zentrale Herausforderung. Der demografische Wandel erfordert eine zügige Anpassung des Wohnungsbestandes an das grundlegende Bedürfnis der Menschen, barrierefrei leben zu können. Das **KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“** unterstützt die Wohnungswirtschaft, aber auch die Privateigentümer dabei. Viele Menschen haben den Wunsch, lange in ihrer vertrauten Umgebung zu wohnen. Das müssen wir unterstützen. Dies ist volkswirtschaftlich wichtig. Vor allem ist es aber eines: Es ist human und sozial. Außerdem ist es – auch wenn uns einige unterstellen, es sei nicht so – zutiefst liberale Politik.

(Beifall bei der FDP)

Damit noch mehr ältere Menschen dieses Programm nutzen können, sieht der Haushalt 2010 eine neue Zuschusskomponente für selbst nutzende Eigentümer vor. Dafür nehmen wir 20 Millionen Euro in die Hand. Ich werde mich aber auch dafür einsetzen, dass durch die geplante Reform der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie keine unbilligen Härten für private Hauseigentümer entstehen, wenn es um den barrierefreien Umbau geht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun komme ich zum Programm **„Soziale Stadt“**. Wir haben große regionale Unterschiede: wachsende und schrumpfende Regionen, sozial starke und sozial schwache Stadtteile. Das sind Tatsachen. Das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ hat zum Ziel, diese Abwärtsspirale in den benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensqualität dauerhaft zu steigern. Das Programm muss jedoch stärker ressortübergreifend umgesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der FDP liegt darauf, dass die Mittel aus diesem Programm vorrangig für investive Maßnahmen genutzt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Petra Müller (Aachen)

- (A) Das neue Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ folgt genau diesem Ansatz. Hier zeigt die christlich-liberale Koalition, wie es geht. 20 Millionen Euro werden zur öffentlichen Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Räumen ausgegeben. Im Mittelpunkt steht dabei der innovative Ansatz, über Gemeindegrenzen hinweg zu kooperieren, und zwar überall dort, wo die städtebauliche Infrastruktur – Ämterhäuser, soziale Einrichtungen, Sportanlagen – leidet, weil die Bevölkerung ausdünn. Mit diesem Programm werden wir die Funktionstüchtigkeit der Kommunen als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentren erhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Programme Stadtbau Ost und West** sind eine Erfolgsgeschichte. Der Schrumpfungsprozess der Städte geht meist mit hoher Arbeitslosigkeit sowie geringen Steuereinnahmen und geringer Kaufkraft einher. Deshalb stehen im Mittelpunkt dieser beiden Programme bedarfsgerechter Umbau, Aufwertung der Quartiere und Wohnungsrückbau. Allein der Rückbau schafft aber keine Aufwertung der Innenstädte. Das Verhältnis der Mittel für die Aufwertung gegenüber den Mitteln für den Rückbau soll in Absprache mit den Ländern zugunsten der Aufwertung verändert werden. Das fördert die Lebensqualität.

Das Programm „**Städtebaulicher Denkmalschutz**“ unterstützt den Erhalt und die Erneuerung historischer Innenstädte. Als Architektin aus Aachen weiß ich: In jeder Baugrube finden wir karolingische Wasserleitungen oder römische Fundamente. In Aachen besteht auch immer noch die Vermutung, es gebe irgendwo Kaiser Karls Badewanne.

- (B) (Sören Bartol [SPD]: Altrömische Dekadenz!)

Entscheidend ist aber etwas anderes: Sanierungsmaßnahmen vor Ort stärken den örtlichen Mittelstand und das Handwerk. Das ist der wichtige Punkt.

Nun noch etwas zum **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm**. Es ist in dreifacher Hinsicht ein Erfolg: Klimaschutzziele werden erreicht, Wohnen ist bezahlbar, Wachstum und Arbeit werden geschaffen. Es wird weiter ausgebaut. Aber Investitionshürden müssen beseitigt werden.

Wir haben erreicht, dass in diesem Jahr 400 Millionen Euro zusätzlich in dieses Programm fließen. Allerdings – das möchte ich wirklich betonen –: Die Haushaltskonsolidierung wurde nicht vernachlässigt.

(Florian Pronold [SPD]: Oh! Jetzt wird es spannend!)

Es geht nicht um Mehrausgaben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als Abgeordnete aus Aachen habe ich meine Vorstellungen zur **dynamisch-energetischen Stadtentwicklung** in das Landeswahlprogramm NRW eingebracht. Es

- liegt mir besonders am Herzen, weil ich fest daran glaube, dass man diese Pläne auch auf den Bund übertragen kann. (C)

Die energetische Gebäudesanierung führt über die energetische Quartierssanierung in der Konsequenz zur dynamisch-energetischen Stadtentwicklung. Dazu gehört, auf die infolge des demografischen Wandels veränderten Ansprüche an den Wohnungsstandard zu reagieren. Dazu gehört der Erhalt historischer Bausubstanz und der Stadtstrukturen. Dazu gehört auch die Wieder- und Umnutzung von Brachflächen. Dazu gehört allerdings ganz besonders eine gut vernetzte und leistungsfähige **Verkehrs- und Energieinfrastruktur**. Dieses staatliche Maßnahmenpaket hängt erheblich von der Umsetzung auf kommunaler Ebene ab. Es muss aber noch weit darüber hinausgehen. Deshalb müssen wir im Bund Innovations- und Impulsgeber sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich sagen: Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis des Menschen. Wohnen prägt unsere Kultur, bietet Schutz, gestaltet unsere Umwelt nachhaltig. Wir werden die Städtebauförderprogramme und die KfW-Förderprogramme weiterführen, spezifizieren und flexibilisieren,

(Sören Bartol [SPD]: Das habe ich befürchtet!)

um diesem Grundbedürfnis einen umfassenden Rahmen zu geben.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU) (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Müller, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag, zu der ich Ihnen herzlich gratuliere, verbunden mit allen guten Wünschen für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Beifall)

Das gilt auch für die nächsten Rednerinnen. Es wäre schön, wenn wir zwischen der Gratulationscour und der nächsten Jungferrede einen –

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das wird doch nicht ihre letzte Rede gewesen sein, oder? – Gegenruf des Abg. Florian Pronold [SPD]: Besser wäre es!)

– Ich behalte jetzt für mich, was mir dazu spontan einfällt.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Jedenfalls ist die nächste Rednerin die Kollegin Ingrid Remmers für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ingrid Remmers (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab ein kurzes Wort zum Kollegen Ramsauer: Ich bin nicht der Meinung, dass Wohnen ein soziales Grundbe-

Ingrid Remmers

(A) dürfnis ist. Ich bin der Meinung, Wohnen ist ein **soziales Grundrecht**.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Daniela Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Bericht der Bundesregierung wird zu Recht festgestellt, dass regional große Unterschiede in der Qualität der **Wohnraumversorgung** bestehen. In Boomregionen wie München, Hamburg oder Stuttgart sind die Mieten für Normalverdiener kaum noch zu bezahlen. In anderen Gegenden dagegen herrscht hoher Leerstand.

In meinem Bundesland, Nordrhein-Westfalen, wurden im Sommer 2008 gegen den öffentlichen Widerstand die 93 000 ehemals landeseigenen **Wohnungen der LEG** an eine Heuschrecke verkauft. Der Käufer, ein Immobilienfonds der international tätigen Bank Goldman Sachs, kaufte allerdings nur 82,7 Prozent statt 100 Prozent der Anteile. Mit diesem Trick ersparte sich die Bank nicht nur die Grunderwerbsteuer, sondern sie vermied auf diesem Weg auch noch eventuelle Strafzahlungen bei einer möglichen Verletzung der Sozialcharta zum Schutz der Mieter.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Unerhört!)

Damit wurde NRW auf einen Schlag nicht nur um den Großteil seines Wohnbestandes, sondern gleichzeitig auch um größere Steuereinnahmen erleichtert.

(B) Dass Goldman Sachs die kreative Buchführung beherrscht, zeigt auch das aktuelle Beispiel Griechenlands. Erst mithilfe dieser Bank konnte die verheerende Verschuldung des Landes jahrelang vor den EU-Behörden verschleiert werden. Dass sich Goldman Sachs darüber hinaus mit der Finanzierung von US-Immobilien kräftig verspekuliert hat, ist ebenfalls hinlänglich bekannt. Das hindert die deutschen Regierungsbehörden aber offensichtlich nicht daran, weiterhin öffentliches Wohneigentum an solche Spekulanten zu verkaufen.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Pfu!)

Zu Recht wird in dem Bericht der Bundesregierung dazu festgestellt – ich zitiere –:

Die Immobilien- und Wohnungswirtschaft gerät zunehmend unter den Einfluss der internationalen Kapitalmärkte und wird zum Gegenstand globaler Anlagestrategien.

Dies ist eine bemerkenswerte Erkenntnis, vor allem wenn man bedenkt, dass erst im Jahr 2007 die Große Koalition die gesetzliche Grundlage für die Gründung von **börsennotierten Immobilienaktiengesellschaften** gelegt hat. Diese sogenannten Real Estate Investment Trusts bieten vor allem institutionellen Anlegern Renditemöglichkeiten. So heißt es in dem Bericht weiter:

Deutsche Mietwohnungsbestände sind für diese Akteure sehr attraktiv, da sie eine eigene Asset-Klasse

– also eine Wertanlage –

mit vergleichsweise geringen Risiken darstellen.

(C) Das Ziel dieser Anlageform, egal ob riskant oder sicher, besteht also in erster Linie darin, hohe Renditen zu erwirtschaften, und darin, dass der Investor Steuern spart. Für die Mieter der Wohnungen hingegen bedeutet es, dass wegen der Gewinnerorientierung dringend benötigte Instandhaltungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden. Die Modernisierungen erfolgen erst nach dem Auslaufen der jeweiligen Sozialklausel, aber dann mit erheblichen Mietsteigerungen in der Folge. Dies schadet nicht nur den Mietern, sondern auch den öffentlichen Haushalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der daraus entstehenden allgemeinen Mietsteigerung werden die Mieter oft abgehängt. Gleichzeitig steigen für die öffentlichen Kassen die Kosten der Unterkunft; das Wohngeld muss erhöht werden. Mit dem Verkauf von öffentlichem Wohneigentum berauben sich Länder und Kommunen jeglicher Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stadtentwicklung, und sie berauben sich ihrer Planungshoheit im Hinblick auf die Versorgung der Bürger mit Wohnraum.

(Beifall bei der LINKEN)

In dem Bericht wird hierzu festgestellt:

Die neuen Investoren sind nur selektiv an stadtentwicklungspolitischen und quartiersbezogenen Maßnahmen interessiert.

Ich füge kurz ein: Sie profitieren immens davon, dass alle anderen kräftig dafür zahlen. Weiter heißt es:

(D) Somit wird infolge von Transaktionen oft die langjährige Zusammenarbeit zwischen Kommunen und örtlichen Wohnungsunternehmen unterbrochen. Hieraus ergeben sich für die Kommunen Risiken in Bezug auf Stadtentwicklung und -umbau.

Ich finde, dies ist deutlich.

Wenn unsere Städte verhindern wollen, dass mehr benachteiligte Viertel entstehen, dass die Gettoisierung zunimmt und Stadtentwicklungskonzepte nicht mehr umgesetzt werden können, dann müssen sie die Kontrolle über ihren Immobilienbestand behalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur so kann auf ausgewogene Mieterstrukturen und sozial notwendige Umbaumaßnahmen Einfluss genommen werden. Nur so können die Kommunen weiterhin ihrer Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht werden.

In dem Bericht wird allerdings auch festgestellt, dass der Verkauf von öffentlichem Wohnungsbestand an Genossenschaften, direkt an die Mieter oder auch die Übertragung von Beständen vom Land an die Kommunen echte **Alternativen zur Privatisierung** sind. Mithilfe dieser Alternativen, hier vor allem der des öffentlichen Wohnungsbestandes, kann nicht nur sichergestellt werden, dass bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt wird, sondern auch, dass die lokale Wirtschaft mit angemessenen Gewerbetrieben rechnen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ingrid Remmers

- (A) Zusätzlich bieten sie Gestaltungsspielräume für die Anpassung des Wohnungsangebots an die Erfordernisse behindertengerechten Wohnens und der alternden Bevölkerung. Sie bieten damit auch mehr Sicherheit für die von Altersarmut bedrohten Rentnerinnen und Rentner der Zukunft.

Ausdrücklich begrüßt die Linke, dass im Rahmen des **Integrierten Energie- und Klimaprogramms** notwendige Sanierungen im Hinblick auf Energieeffizienz und Instandhaltung gefördert werden. Dabei ist aber darauf zu achten, dass dies nicht zur Verdrängung von finanzschwachen Mietern führt. Auch hier ist öffentliches Eigentum oder die Form der Genossenschaft das beste Mittel gegen zu hohe Mieten.

(Beifall bei der LINKEN)

In dem Bericht wird davon ausgegangen, dass weite Teile des Wohnungsmarktes entspannt sind. Verschwiegen wird aber, dass es großen Bedarf an **preisgünstigem Wohnraum** gibt. Dies gilt vor allem für Universitätsstädte und Boomregionen. Familien mit niedrigem Einkommen, Bezieher von BAföG oder Hartz IV tun sich in vielen Städten schwer damit, bezahlbare Wohnungen zu finden. Diese Wohnungsknappheit ist eine direkte Folge davon, dass die Bautätigkeit in den letzten Jahren gesunken ist. Die deutsche Bauwirtschaft, der Deutsche Mieterbund und der nordrhein-westfälische Bauminister Lutz Lienenkämper schlagen daher eine Erhöhung der **Abschreibungsätze für Wohnungsneubauten** vor. Auch das RWI stellt in seiner Studie für Nordrhein-Westfalen fest, dass sich aus dieser Maßnahme stabile positive gesamtwirtschaftliche Effekte ergeben würden. Die Investitionen in den Neubau wirken laut der Studie positiv auf das Bruttoinlandsprodukt, auf die Einkommen und auf den Konsum und schaffen neue Arbeitsplätze.

(B)

Mit dieser so entstandenen positiven Wirkungskette werden laut RWI letztlich sogar die Steuermindereinnahmen mehr als ausgeglichen. Das heißt, durch die Förderung der Bauwirtschaft werden die Mieten gesenkt, wird die Konjunktur gefördert und dem Staat zu Mehreinnahmen verholfen. Die Linke wird diesen Vorschlag prüfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings weisen wir darauf hin, dass auch die steuerliche Förderung unternehmerischer Neubautätigkeit die öffentliche Hand nicht von ihrer Aufgabe der **öffentlichen Daseinsvorsorge** entbindet. Die existenziellen Finanzlöcher der öffentlichen Haushalte – und hier insbesondere die Finanznöte der Kommunen – sind nicht zuletzt eine Folge der geplatzten US-Immobilienblase. Durch diese Finanznöte wird allerdings der Grundstein für immer neue spekulative Attacken auf das öffentliche Eigentum gelegt, und sie führen im Endeffekt zu immer neuen Krisen.

Die Bundesregierung sollte endlich aus diesen Erfahrungen lernen, das heißt: keine weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums. Stattdessen fordert die Linke die Ausweitung **öffentlicher Investitionen**.

(Beifall bei der LINKEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal: Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Für das Leben der Bürgerinnen und Bürger ist es elementar und existenziell, und ich bin nicht der Meinung, dass dieses soziale Grundrecht durch Markt und Wettbewerb gewährleistet werden kann. Es ist mit Rendite nicht vereinbar.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Auch Ihnen, Frau Kollegin Remmers, herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede im Deutschen Bundestag. Alles Gute für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Beifall)

Das Wort erhält nun die Kollegin Daniela Wagner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Daniela Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnen ist parlamentarisch betrachtet nicht unbedingt ein Aufregerthema. Für viele Menschen ist es das privat allerdings jeden Tag.

Die Bundesregierung geht in ihrem Bericht davon aus, dass es insgesamt – jedenfalls rein quantitativ betrachtet – genug Wohnraum gibt, man mithin also von einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt sprechen kann. Das ist als Feststellung bezogen auf die Bundesrepublik insgesamt auch durchaus richtig. Das Kernproblem liegt darin, dass der Wohnraum zu einem Gutteil nicht dort ist, wo er nachgefragt wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wohnwagen!)

Diese Markteigenheit wird im Bericht der Bundesregierung leider weitgehend ausgeblendet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bericht der Bundesregierung wird von einem entspannten und stabilen Wohnungsmarkt gesprochen. Ich muss sagen: Ganz so euphorisch und positiv sehe ich das nicht. Ich sehe sogar eher das Gegenteil. So befindet sich der **Mietwohnungsneubau** mit gerade einmal 24 000 Mietwohnungen im Jahre 2008 auf einem vorläufigen historischen Tiefstand, und man kann mittlerweile sogar mit Fug und Recht von regionalem Wohnungsnotstand reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im krassen Gegensatz dazu steht der **Neubau von Eigenheimen**, der nahezu 80 Prozent der in 2008 gebauten Neubauten umfasst. Uns liegen beide am Herzen: die Mietwohnungsbewohner und -bewohnerinnen, aber auch die Eigenheimerinnen und Eigenheimer. Aber das nur am Rande. Wir als Grüne konzentrieren uns wohnungspolitisch ohnehin eher auf den Bestand und dessen **Sanierung und Modernisierung**.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sonnenblumen!)

Daniela Wagner

- (A) Bei der aktuellen Sanierungsgeschwindigkeit – wobei mit dem Begriff „Geschwindigkeit“ in die Irre geführt wird – wird der Gesamtbestand an Wohnungen erst in 180 Jahren energetisch und altersgerecht saniert sein. Ich meine, Herr Minister: Das ist eindeutig zu lang. Das werden wir alle und viele unserer Nachfahren nicht mehr erleben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie sagten vorhin ja selber, dass 40 Prozent des Primärenergiebedarfs allein auf das Wohnen entfallen. Ich glaube, hieran müssen wir dringend etwas ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Definitiv fest steht auch, dass der Wohnraum über weite Teile nicht den heutigen Anforderungen und Bedürfnissen entspricht. Das betrifft übrigens besonders die Baualterklassen der Jahre 1949 bis 1979. Diese machen etwa 10 Prozent des gesamten heutigen Wohnungsbestandes aus. Davon sind wiederum 40 Prozent definitiv abgängig. Dieser Teil hat erhebliche Mängel und entspricht nicht mehr den heutigen Standards bei Grundriss, Energieeffizienz und Schalldämmung.

In diesem Zusammenhang wird in dem Bericht leider Gottes auch das sogenannte Investor-Nutzer-Dilemma im Bereich **energetische Sanierung** nicht berücksichtigt und kein Lösungsansatz aufgezeigt. Dabei wären deutlich höhere KfW-Fördermittel ein Weg, der warmmiettenneutralen Sanierung näherzukommen. Eine andere Möglichkeit wäre zum Beispiel ein ökologischer Mietpreis, der die wärmetechnische Beschaffenheit des Gebäudes zum Mietpreiskriterium macht.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur energetischen Sanierung im Altbestand selbstnutzender Eigenheimbesitzer bekommen diese übrigens, wie die Frau Kollegin zu Recht festgestellt hat, einen Zuschuss von 2 000 Euro. Das sind 500 Euro weniger als die Abwrackprämie, die Sie bekommen haben, wenn Sie Ihr intaktes Fahrzeug in die Schrottpresse gefahren haben. Ich kann das kaum fassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Energieeinsparpotenziale und der Langlebigkeit von Gebäuden ist das ein krasses Missverhältnis und wirtschaftlich absoluter Nonsens.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Obwohl Sie das **Energieeffizienzprogramm** mit KfW-Fördermitteln für den Wohnungsbau als unglaublich wichtig bezeichnen und es über den grünen Klee loben, haben Sie tatsächlich in diesem Jahr nur 1,1 Milliarden Euro für dieses Programm etatisiert. Im letzten Jahr haben Sie dafür noch 2,2 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich das Sanierungstempo sogar noch verringern wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN)

Wir als Grüne fordern, die Mittel mindestens wieder auf den Stand des letzten Jahres zu bringen und die Förde-

zung des ökologischen Bauens und Sanierens sowie die Nutzung nachwachsender Baustoffe in die KfW-Förderprogramme zu integrieren. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommen im Wohnungsbestand unabänderliche Schwächen zum Beispiel hinsichtlich der Lage, Architektur oder Erschließung eines Wohngebiets. Sie alle kennen sicherlich aus Ihrer eigenen Stadt die großen Quartiere in monotoner Bauweise, häufig in den 60er- oder 70er-Jahren im ersten Förderweg errichtet. Sie werden selbst dann nicht mehr zu vermieten sein, wenn Wohnungsämter vermitteln. Heute sind das übrigens oft Standorte des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Gerade hier weist der Bericht der Bundesregierung Mängel und Lücken auf. Denn er enthält keinerlei umfassende Betrachtungen zum sozialen Wohnungsbau auch und gerade vor dem Hintergrund einer wachsenden Anzahl von Haushalten, die an der Armutsgrenze leben. Das ist nicht hinnehmbar.

An dieser Stelle sei gesagt: Es nützt nichts, wenn man sich mit diesen Menschen nur dahin gehend befasst, dass man sie zum Schneeschippen vor den Haustüren derjenigen reichen Berliner Hausbesitzer schicken sollte, die selber keine Lust dazu haben, das morgens zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten
der SPD)

Allein in Darmstadt zum Beispiel stehen beim kommunalen Wohnungsamt 2 000 Wohnungssuchende auf der Warteliste, die **sozialen Wohnraum** nachfragen. Dieses Problem wird verschärft – auch das ist bekannt –, weil gegenwärtig wesentlich mehr Wohnungen aus der Mietpreis- und Belegungsbindung fallen als durch Neubau und Sanierung in die Belegungsbindung hineinkommen. (D)

Man muss von Glück reden, dass jetzt mit dem **EFRE-Programm** gegengesteuert wird und sich die Europäische Union an Sanierung und Neubau städtischer Quartiere beteiligen will, um so gegen Ausgrenzung anzugehen. Ich hoffe, dass die Länder und Kommunen in der Bundesrepublik kräftig Gebrauch von diesem neuen Angebot aus Brüssel machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die Regierungskoalition 20 Millionen Euro für die Förderung von **Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf** streichen will, dann verstärkt sie auch hier die Politik der sozialen Kälte weiter und fördert massiv die sozialräumliche Segregation und Spaltung in der Gesellschaft. Diese Bewohnerinnen und Bewohner müssen mitgenommen werden. Einfach nur Prachtbauten hinzusetzen, reicht nicht. Deswegen ist auch die Überlegung, das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ als reines Investitionsprogramm zu gestalten, falsch. Wir brauchen dort auch weiterhin Stadtteilmanagement.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie des Abg. Peter Götz
[CDU/CSU])

Daniela Wagner

- (A) Ein bisschen zu kurz kommt in dem Bericht die **Rolle der Wohnungswirtschaft** und ihre Möglichkeiten beim Einwirken auf Gentrification, soziale Segregation und andere Prozesse in den Wohnquartieren. Ich finde, hier ist die Demokratisierung von Wohnen und Wohnungswirtschaft ein guter Ansatz. Es gibt immer mehr Menschen, die selber mitgestalten und mitbestimmen wollen, was und wie gebaut wird. Es gibt immer mehr Genossenschaftsmodelle, Baumodelle für Alt und Jung und Ähnliches mehr. Es gibt landauf, landab innovative Wohnprojekte. Diese müssen wir stützen; denn die Menschen in diesen Projekten übernehmen nachher im Wohnquartier Verantwortung und sind deswegen in ihrer stabilisierenden Wirkung nicht zu unterschätzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesen Menschen müssen wir zusammenarbeiten. Sie bedeuten ein Mehr an demokratischer Teilhabe und Verantwortung im Quartier.

Nur durch massive städtebauliche Veränderungen werden wir Leerstandsproblematiken und anderes mehr in den Griff bekommen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, gucken Sie gelegentlich auf die Uhr?

Daniela Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, selbstverständlich.

(Florian Pronold [SPD]: Bei der nächsten Rede!)

(B)

– Bei der nächsten Rede gucke ich besser auf die Uhr, da haben Sie recht, Herr Kollege.

Ich wünsche mir jedenfalls von der Bundesregierung, dass sie in Zukunft drei Dinge ganz massiv in Augenschein nimmt: das Erste sind innovative Wohnprojekte, das Zweite ist die energetische und altersgerechte Sanierung, und das Dritte ist, die Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf weiter zu fördern und sie nicht abkippen zu lassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Wagner, das war natürlich nicht Ihre erste parlamentarische Rede, aber Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag, zu der ich deswegen ganz herzlich gratuliere.

(Beifall)

Sie haben natürlich den gleichen Sympathiebonus in Gestalt von zusätzlicher Redezeit erhalten, den wir in vergleichbaren Fällen, aber nicht für eine gesamte Legislaturperiode, gerne gewähren.

Nun hat das Wort der Kollege Peter Götz,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) (C)

der mit einem solchen Bonus nicht mehr rechnen kann.

Peter Götz (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht, den wir heute debattieren, unterstreicht die große ökonomische Bedeutung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung in unserem Land. Wir haben in Deutschland, wenn auch sehr differenziert, insgesamt einen intakten Immobilienmarkt.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern um uns herum gehen von der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gerade in der Finanzkrise stabilisierende Einflüsse aus. Der Grund liegt in den in der Regel sehr soliden Finanzierungen von **Immobilieninvestitionen**. Das ist alles keine Selbstverständlichkeit. Ein Blick nach Amerika, wo es möglich war, den Kauf eines Hauses ohne Eigenkapital zu bis zu 120 Prozent fremdzufinanzieren, zeigt sehr deutlich den Unterschied der verschiedenen Systeme.

Der Anteil der Immobilienwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland beträgt mehr als das Doppelte von Maschinen- und Fahrzeugbau zusammen. Insofern ist es richtig und war es nur konsequent, dass auf Initiative der CDU/CSU in der vergangenen Legislaturperiode der erste Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft auf den Weg gebracht wurde. (D)

Angesichts der Tatsache, dass Immobilien mit rund 86 Prozent den herausragenden **Anteil am deutschen Anlagevermögen** ausmachen, muss eine nachhaltig positive Entwicklung der Branche unser gemeinsames Interesse sein; ein Interesse, das weit über die Ressortverantwortung der Wohnungs- und Baupolitik hinausgeht. Neben der Wirtschaftspolitik beeinflussen Aspekte aus den Bereichen der Finanz-, der Rechts-, der Umwelt-, der Sozial- sowie der Kommunal- und Stadtentwicklungspolitik die Immobilienmärkte.

Wanderungsbewegungen quer durch Deutschland und die demografische Entwicklung sind zusätzliche Herausforderungen, denen regional differenziert Rechnung getragen werden muss. Deshalb brauchen wir kein Europäisches Parlament, das uns von Brüssel aus sagt, wie wir den **sozialen Wohnungsbau** in Deutschland zu gestalten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müsst ihr es selber machen! Das sieht man aber nicht!)

Wachsende Regionen mit einer steigenden Zahl von Neuvermietungen stehen schrumpfenden Regionen, die sich mit Wohnungsleerständen und mit den daraus resultierenden einschneidenden Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur auseinanderzusetzen haben, gegenüber.

Peter Götz

- (A) Noch etwas zum Thema „**Soziale Stadt**“. Das wurde hier wiederholt kritisch angesprochen. Das Programm Soziale Stadt wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Es wird nicht gekürzt. Die Länder haben allerdings – dem stimme ich zu, weil wir diese Flexibilität von den Ländern erwartet haben – umgeschichtet. Aber eine Umschichtung ist nicht mit einer Kürzung gleichzusetzen. Das ist ein großer Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben Präferenzverschiebungen der Haushalte durch qualitative Anforderungen an die Wohnungsbestände wie höhere Wohnflächen, aber auch veränderte Zuschnitte der Wohnungen, vor allem im Bereich der Barrierefreiheit von Wohnungen, die eine zunehmend wichtigere Rolle spielen wird. Durch eine regionale Nachfrageverschiebung entsteht trotz rückläufiger Bevölkerungs- und stagnierender Haushaltszahlen vielerorts – das ist unbestritten – eine zusätzliche Wohnungsnachfrage. Das gilt vor allen Dingen für die Ballungsräume und die Studentenstädte. Die regionale Differenziertheit ist ein Gut in Deutschland; deshalb haben wir im Rahmen der Föderalismusreform dazu beigetragen, dass der soziale Wohnungsbau nicht mehr in einer zentralen Stelle des Bundes angesiedelt ist, sondern in die Zuständigkeit der Länder übertragen worden ist. Es wäre irrsinnig, nachdem wir in Deutschland den sozialen Wohnungsbau auf die Länder übertragen haben, jetzt die Forderung zu erheben, die Europäische Kommission solle dies in Zukunft beeinflussen. Das wäre der falsche Weg.

(Sören Bartol [SPD]: Die Länder müssen es tun!)

- (B) – Die Länder müssen es tun. Es gibt Länder, die es tun, es gibt aber auch andere, die es nicht tun. Das ist entsprechend dem Bedarf auch richtig. – Bei Eigentümerhaushalten steigt die Wohnflächennachfrage seit Jahren kontinuierlich. Hinzu kommen die klimapolitischen Herausforderungen an die Wohnungswirtschaft. Die größten **Energieeinsparpotenziale** finden wir unbestritten im Gebäudebestand. Sie gilt es intelligent durch Anreize zu aktivieren. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie, Herr Minister Ramsauer, es geschafft haben, die Akteure der Immobilienwirtschaft an einen Tisch zu holen, und dass Sie den immobilienwirtschaftlichen Dialog persönlich führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine weitere wichtige Aufgabe ist und bleibt die **Stärkung des selbstgenutzten Wohneigentums**. Deshalb wollen wir die Eigenheimrente einfacher machen. Es war ein Fehler der damals sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, das selbstgenutzte Wohneigentum nicht von Anfang an gleichwertig in die geförderte Altersvorsorge einzubeziehen.

Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt ansprechen, von dem auch vorhin gesprochen wurde. Mit dem Wohngeld und dem Mietrecht haben wir zwei gut entwickelte Instrumente zur Verfügung. Das befreit aber nicht davon, auch diese Instrumente bei neuen Entwicklungen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Um die Investitionsbereitschaft der Hauseigentümer bei der energetischen

- Sanierung und der altersgerechten Anpassung des Wohnungsbestandes zu erhöhen, müssen wir das Mietrecht unvoreingenommen prüfen. Das hilft dem Klima und der Wirtschaft, das schafft Arbeitsplätze, senkt die Heizkosten der Mieter, hebt den Wohnungsstandard und damit den Wert der Immobilie, und gleichzeitig kostet es den Staatshaushalt kein Geld. Das heißt, wir brauchen partnerschaftliche Lösungen im Interesse der Vermieter *und* der Mieter. (C)

Lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen: Immobilien prägen das Bild einer Gesellschaft. Wir haben in Deutschland auch dank einer aktiven Städtebauförderungspolitik attraktive und lebenswerte Städte und Gemeinden mit einer ausgeprägten, guten Baukultur. Um dies zu erhalten und positiv weiterzuentwickeln, bedarf es einer **integrierten Stadtentwicklungspolitik**. Unser gemeinsames Ziel muss sein, dass die gute Lebensqualität in Deutschland auch weiterhin durch einen hohen Wohnungsstandard gekennzeichnet ist. Die Immobilienwirtschaft mit über 700 000 Unternehmen und mit ihren nahezu 4 Millionen Beschäftigten leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Wir nehmen dies dankbar zur Kenntnis.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Michael Groß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Michael Groß (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf die besondere Bedeutung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft ist bereits eingegangen worden. Die Generierung und Sicherung von Arbeitsplätzen und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sind hervorgehoben worden. Deswegen möchte ich auf einige andere Aspekte eingehen.

Laut Bericht steigen gerade in den Ballungsgebieten die Mieten und Eigentumspreise. Im Durchschnitt bleiben die **Ausgaben für das Wohnen** der größte Einzelposten der Konsumausgaben. Zum Vergleich: 1991 betragen die Ausgaben noch circa 19 Prozent des Familieneinkommens. 2007 waren es schon 25 Prozent. Die Wohngeldreform mit zusätzlich 520 Millionen Euro auf Initiative der SPD war deshalb die richtige Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hiermit konnte die Lage der finanziell schwachen Haushalte erheblich verbessert werden. 800 000 Haushalte profitierten davon.

Auf dem Immobilienmarkt finden jedoch große strukturelle Veränderungen statt, wie im Bericht festgestellt wird. Zunehmende Internationalisierung und eine stärkere Orientierung an den internationalen Kapitalmärkten stellen die Branche vor neue Herausforderungen und fordern die Bundespolitik.

Michael Groß

- (A) So sind die Auswirkungen für Mieter bislang wenig betrachtet worden. Welche Auswirkung hat die Orientierung am Markt für den einzelnen Mieter? Gibt es noch den Gesprächspartner vor Ort? Gibt es ein Callcenter, bei dem man ständig in Warteschleifen gerät? Wer regelt die kleinen Probleme vor Ort – die Tür, die im Winter nicht schließt, die Treppenhausbeleuchtung, die ausfällt? Bei einer Umfrage zu Erreichbarkeit und Problemlösung waren 50 Prozent der Mieter mit ihrer Situation unzufrieden.

Aber auch im Größeren darf es nicht nur um reine Gewinnmaximierung gehen. Die Stadtteilentwicklung und das Quartiersmanagement sind keine Sache von internationalen Investoren. Wie werden Sie das unter einen Hut bringen? Die städtischen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften müssen unter anderem auch deshalb als Korrektiv erhalten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen, wie zum Beispiel im nördlichen Ruhrgebiet und in den neuen Ländern, ist die **öffentliche Wohnraumversorgung** zu verstärken. Hier bestehen Leerstände und Wohnungsüberangebote. Menschen mit einem geringen Einkommen müssen Wohnungen in Anspruch nehmen, die sich in einem schlechten Umfeld befinden und nicht mehr zeitgemäß sind. Dies führt zur Bildung von benachteiligten Stadtteilen. An diesen Orten wird die kulturelle und soziale Teilhabe von Familien und insbesondere von Kindern eingeschränkt.

- (B) (Iris Gleicke [SPD]: Das ist leider wahr!)

Insoweit erscheint es dringend notwendig, nicht mehr zeitgemäße Gebäudekomplexe vom Markt zu nehmen und durch den Wohnbedürfnissen gerecht werdende Neubauten zu ersetzen.

Insgesamt sollte man überdenken, ob die Förderung von demografisch bedingtem Neubau und Bestandersatz nicht doch eine sinnvolle Alternative zur Sanierung ist. Gerade für Häuser aus den 50er- und 70er-Jahren, deren Sanierungskosten zu hoch sind, gilt es, dies zu überdenken.

(Beifall bei der SPD)

Bestandersatz wird bislang nicht eigenständig gefördert, und es wäre eine Überlegung wert, dies eventuell in die KfW-Programme aufzunehmen.

Die Bundesregierung strebt an, die **Kündigungsfrist** auch für den Vermieter unabhängig von der bisherigen Mietzeit auf drei Monate zu verkürzen. Die FDP schwört geradezu darauf, dass die Kündigungsfristen von Vermietern und Mietern vereinheitlicht werden.

Für Familien und Einzelpersonen hängen Kindergärten, Schulen, Nachbarn und Freundschaften an ihrem Wohnort, an ihrem Wohnumfeld. Sie haben sich an diesem Ort Netzwerke zur Unterstützung geschaffen. Wohnen ist eben mehr als nur ein Dach über dem Kopf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Je vertrauter dem Mieter sein Wohnumfeld ist, um so schutzwürdiger ist sein Interesse, in der Wohnung zu verbleiben oder genügend Zeit zu haben, sich in seinem vertrauten Umfeld eine neue Wohnung zu suchen.

Sie haben mit dieser Forderung, sehr geehrte Damen und Herren von der Koalition, nicht einmal mehr – so meine Information – die Ministerin an Ihrer Seite, die für den Verbraucherschutz zuständig ist.

Die Quartiere mit sozialer Schieflage, Brennpunkte der Stadt, werden zum Beispiel mit dem Programm „Soziale Stadt“ nicht nur baulich verbessert, sondern auch die Menschen werden mitgenommen, werden aktiv, egal ob über Projekte an Schulen, bei der Integration von Zuwanderern oder der Gesundheitsvorsorge. Mit diesem Programm wird nicht nur die Wohnsituation verbessert, sondern es gibt den Menschen dort auch die Chance, ihr Leben selbst positiv zu gestalten und aktiv mitzuwirken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Fragt man Praktiker und Akteure vor Ort, so hört man, dass der Bund in den letzten Jahren gute **Programme** gestartet hat: „Stadtumbau West“ und die „Soziale Stadt“. Allerdings ist die Situation zurzeit zynisch, insbesondere in meinem Wahlkreis. Die gesamten Programme müssen durch Eigenmittel der Kommunen mitfinanziert werden. Immer mehr Städte sind aber in einer schwierigen finanziellen Situation. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bzw. das Städtebelastungsgesetz der Bundesregierung sorgt dafür, dass den Städten regelrecht die Luft ausgeht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht genug: Sie haben weitere Steuerentlastungen für Unternehmen angekündigt, und zwar zulasten der Kommunen und der Bürger. In meinem Wahlkreis werden seit Jahren Schwimmbäder geschlossen, Beratungen ausgedünnt, soziale Arbeit gekürzt, weitere wichtige präventive Angebote zurückgefahren. 2011 sind die ersten Kommunen überschuldet, andere Städte im Kreis Recklinghausen sind es etwas später, obwohl seit über 20 Jahren an allen Ecken gespart wird, obwohl bereits seit 1993 600 000 Millionen Euro konsolidiert worden sind.

Doch die die Bundesregierung stellenden Parteien FDP und Union sind nicht die Einzigen, die die Städte ausbluten lassen. Das beste Bundesprogramm hilft nichts, wenn die schwarz-gelbe Landesregierung seit 2005 3 Milliarden Euro zulasten der Kommunen kürzt, Förderprogramme abbaut und den Städten Bundesmittel vorenthält.

(Beifall bei der SPD)

Das Land NRW hat sich von der Förderung der Betriebs- und Investitionskosten von Kindergärten – es handelt sich um Kosten in Höhe von 87,5 Millionen Euro – zurückgezogen. Es hält Bundesmittel für Betriebskosten der Kitas in Höhe von 17 Millionen Euro zurück, und es verdoppelt den kommunalen Anteil an Krankenhausinvestitionen in Höhe von 440 Millionen Euro. Ich könnte diese Liste weiterführen.

(D)

Michael Groß

- (A) Entscheiden sich die Kommunen trotz dieser Umstände für die beiden Programme des Bundes, können andere sinnvolle Förderprogramme in der Jugendhilfe, in der Weiterbildung, in der Arbeitsmarktpolitik nicht mehr in Anspruch genommen werden, ganz schlicht und ergreifend deshalb, weil man das nicht vorhandene Geld nur einmal ausgeben kann.

Wenn Banken systemrelevant sind, sind es die Kommunen schon lange. Sie verschärfen mit Ihrer Politik die soziale Schieflage bis zur Senkrechten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie betreiben Klientelpolitik für diejenigen, die sich einen Ministerpräsidenten mieten können.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Auch Ihnen, Herr Kollege Groß, herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein ganzer Tagesordnungspunkt zur Hälfte von Erstrednern bestritten wird, nimmt im Laufe der Legislaturperiode übrigens auf natürliche Weise immer mehr ab.

(Heiterkeit)

- (B) Insofern sollten Sie die heutige Debatte in besonders intensiver Erinnerung behalten.

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Volkmar Vogel für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Volkmar Vogel (Kleinsaara) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wohnungsmarkt hält international – ich denke, darin sind wir uns alle einig – jedem Vergleich stand. Alle Akteure, die daran beteiligt sind, verdienen dafür Dank.

So etwas funktioniert natürlich nicht im Selbstlauf. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit der Bundesregierung dafür sorgen, dass Wohneigentum und vor allen Dingen Altersvorsorge in diesem Bereich gestärkt werden, dass altersgerechtes und auch bezahlbares Wohnen gesichert werden, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Bauen gestärkt werden und dass auch die kleinen Städte und die Kommunen dabei nicht zu kurz kommen.

Die Eigentumsstrukturen auf dem deutschen Wohnungsmarkt haben sich bewährt. Kommunale Unternehmen, Genossenschaften und auch das weite Feld des privaten Wohneigentums werden von uns gleichberechtigt gefördert. Wir sind nicht für Gleichmacherei, wohl aber für Gleichbehandlung aller Akteure.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik stehen vor zwei großen Herausforderungen: Das ist zum einen die Strukturpassung, vor allen Dingen durch den demografischen Wandel. Das ist zum anderen die Energieeinsparung, damit Nebenkosten bezahlbar bleiben und Umwelt und Klima geschützt werden. (C)

Statistisch gesehen haben wir in Deutschland einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Regional betrachtet sieht das natürlich ganz anders aus. Deshalb wird das **Programm Stadtumbau Ost** nach den speziellen Erfordernissen der ostdeutschen Bundesländer bis 2016 fortgeschrieben. Wir werden dieses Programm 2015 evaluieren, das heißt, wir werden überprüfen, in welcher Art und Weise es fortzusetzen ist. Neben dem Abriss wird in den nächsten Jahren vor allen Dingen die Aufwertung der verbleibenden Innenstadtquartiere mehr an Bedeutung gewinnen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Ich gehe auch davon aus, dass das Programm in Zukunft nicht mehr Stadtumbau Ost oder Stadtumbau West heißen wird, sondern es wird nach und nach immer mehr zu einem Strukturpassungsprogramm umgestaltet werden.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart – auch das spielt dabei eine große Rolle –, werden wir noch in diesem Jahr eine Regelung für die Altschulden finden. Es wird dazu ein Gutachten geben. Wir werden überprüfen, in welcher Art und Weise geholfen werden kann. Entscheidend dabei ist natürlich, den Unternehmen zu helfen, die ohne eigenes Verschulden in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit zunehmender Tendenz wird der Energieverbrauch eine wesentliche Rolle bei der Kauf- oder Mietentscheidung spielen. Das **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** hat sich bewährt: klimapolitisch für die Umwelt, konjunkturpolitisch für Handwerk und Industrie und wohnungspolitisch für den Modernisierungsgrad des Bestandes. Deshalb werden wir für Planungssicherheit im Ordnungsrecht sorgen. Die Realisierung der ehrgeizigen Anforderungen der EnEV 2009 auf breiter Basis mit vielen Beteiligten bringt aus meiner Sicht für den Klimaschutz mehr als noch höhere Standards, die niemand bezahlen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Augenmaß, Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit muss die Devise sein beim Fordern. Einfach und verlässlich muss die Förderung sein. Dafür werden auch in diesem Jahr – das haben wir erreicht – zusätzlich 400 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Worte, und zwar zu einem anderen Bereich, der hier eine wichtige Rolle spielt, sagen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das kann jetzt aber kein neuer Redeteil werden, sondern zwei abschließende kurze Bemerkungen.

(A) **Volkmar Vogel** (Kleinsaara) (CDU/CSU):

Nein, Herr Präsident, ein Satz. – Wir müssen mehr als bisher auch die Frage der **Nachhaltigkeit** beim Bauen in den Fokus rücken. Wir müssen stärker die Art der Herstellung, der Herkunft und die Wieder- und Weiterverwendungsmöglichkeiten von Baustoffen sowie die Bautechnologien in unsere klimapolitischen Betrachtungen einbeziehen, um unsere Ziele zu erreichen.

Herr Präsident, gestatten Sie mir zum Abschluss noch einen Satz zur Nachhaltigkeit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schauen wir uns einmal die Gründerzeithäuser in unserer Heimat an, die zwei Kriege und Inflationen überstanden haben, die 40 Jahre Kommunismus abgeschüttelt haben und jetzt im neuen Glanz dastehen.

(Iris Gleicke [SPD]: Das war der zweite Satz!)

Vor diesem Hintergrund sage ich: Nachhaltigkeit heißt, wenn auch in 100 Jahren über die Neubauten von heute noch gut gesprochen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich registriere immer wieder mit einer Mischung aus Bewunderung und Neid, zu welcher Großzügigkeit heute amtierende Präsidenten bei der Bemessung von Redezeiten in der Lage sind, während mir Ähnliches früher mit einer geradezu brutalen Konsequenz verweigert wurde.

(Heiterkeit)

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ich schlage Ihnen vor, der interfraktionellen Empfehlung zu folgen, die Vorlage auf Drucksache 16/13325 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. – Das ist offenkundig unstrittig. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 4 a und 4 b:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Markus Kurth, Ekin Deligöz, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder und Erwachsene jetzt ermöglichen

– Drucksache 17/675 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Weg mit Hartz IV – Für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung (C)

– Drucksache 17/659 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache 90 Minuten vorgesehen. – Auch hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Markus Kurth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat am 9. Februar ein bemerkenswertes Urteil gesprochen. Es stellt in bemerkenswerter Klarheit die Gewährleistung eines **menschenwürdigen Existenzminimums** in einen direkten Zusammenhang mit Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, der da lautet:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Bundesverfassungsgericht stellt weiterhin klar, dass das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums eine eigenständige Bedeutung hat und dem Grunde nach unverfügbar ist.

Alle, die sich an der Debatte über die Regelsätze zum Arbeitslosengeld II beteiligen, sollten diese Leitsätze des Bundesverfassungsgerichtes zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen nehmen, wenn sie den Grundsatz der Menschenwürde nicht verächtlich machen und das Sozialstaatsprinzip nicht infrage stellen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer wie der FDP-Vizekanzler das menschenwürdige Existenzminimum als leistungsloses Einkommen zu diskreditieren versucht, zeigt, dass er das Bundesverfassungsgericht und sein Urteil weder ernst noch wirklich zur Kenntnis nimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer diejenigen, die sich seit Jahren hier im Parlament sachlich und sehr sorgfältig mit der Bestimmung der Regelsätze auseinandersetzen, der Einladung zu spätrömischer Dekadenz bezichtigt, der verunglimpft nicht nur die Erwerbslosen, sondern offenbart auch ein gerüttelt Maß an Unverständnis für demokratisch-parlamentarische Prozesse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

(D)